

Liebe Leserinnen und Leser,



auch wenn wir schon mehrfach über den wenig partizipativen Entstehungsprozess und das magere Ergebnis der Waldstrategie 2020 des Bundeslandwirtschaftsministeriums berichtet haben, wollten wir Ihnen die Ergebnisse einer öffentlichen Anhörung des Landwirtschaftsausschusses des Bundestags dazu nicht vorenthalten und haben Ihnen die Positionen zu den jagdlichen Fragen herausgefiltert. Aus der schriftlichen Stellungnahme des DJV, die uns erst nach Drucklegung erreichte: „Die Verengung der Jagd auf eine dienende

Funktion der Forstwirtschaft lehnen wir ab. Sie wird auch den Realitäten vielerorts nicht gerecht.“ – wie wahr! Die Verantwortung bei allerdings höchstens „örtlichen“ Problemen wird den Grundeigentümern zugeschoben, nur Äsungs- und Lebensraumverbesserung, Wildruhezonen und Besucherlenkung sollen Lösungswege sein. Die Forderung nach weiteren jagdrechtlichen Instrumenten wird, wie stets, gelehnt. Von einer Verantwortung der Jagdausübenden ist nicht einmal ansatzweise die Rede.

Die gebetsmühlenhaft obsolete Argumente wiederholende DJV-Funktionärskaste entwickelt sich angesichts der dynamischen jagdpolitischen Entwicklungen und lebendigen Diskussionen um Wald und Wild immer mehr zur ewiggestrigen Tea-Party der deutschen Jagdpolitik.

Dass sich die Notwendigkeit einer waldfreundlichen Schalenwildregulation wie ein roter Faden durch die Wildmanagementstrategien in Schutzgebieten zieht, zeigt auch der historische Abriss der Entwicklung des Nationalparks Berchtesgaden von Klaus Lintzmeyer und Hubert Zierl. Schon 1908 wurde zu den Bestrebungen des „Vereins zum Schutze und der Pflege der Alpenpflanzen“ eines Totalschutzgebiets analog des Yellowstone-Nationalparks bedauert: „Die Jagdverhältnisse würden allein schon unüberwindliche Hindernisse bieten“. 1977 stellen Deutscher Alpenverein und der Verein zum Schutz der Bergwelt zur Waldbehandlung im Nationalpark Berchtesgaden fest: „Das Schalenwild darf die natürliche Regeneration der Vegetation nicht maßgeblich behindern. Dazu ist zwangsläufig eine entscheidende Verringerung seines Bestandes bis zur äsungsmäßig tragbaren Höhe und die Ausschaltung des Winterverbisses von Rot- und Rehwild notwendig. Es entsteht der Eindruck, dass die zuständigen Behörden und Politiker der Lösung dieses Problems nicht die notwendige Vordringlichkeit einräumen“. Bis heute wurden zwar die Wildbestände reduziert, aber die Verjüngung der auch ökologisch so wichtigen Tanne hat auf großen Flächen keine Chance. Unser Autor Wolf Hockenjos ging auch im Nationalpark weit-

gehend vergebens auf Tannensuche (s. ÖKOJAGD 4-2011 und Leserbrief auf S. 10 in dieser Ausgabe). Dass die Tanne aufgrund einer jahrhundertelangen Zurückdrängung „noch eine längere Erholungszeit“ benötigt, ist eine sehr euphemistische Aussage. Ohne eine endlich konsequente, flächendeckende Schalenwildbejagung wird diese Erholung nicht zu bewerkstelligen sein.

Mit dem Aufgreifen des aktuellen Phänomens Lockjagd auf Rabenkrähen in der letzten Ausgabe waren ÖJV und ÖKOJAGD wieder einmal voll auf der Höhe der Zeit und Mitauslöser einer dringend notwendigen Diskussion, die letztlich in die Frage mündet, warum und mit welcher Motivation wir jagen und wie wir unser Tun gegenüber der Gesellschaft vertreten. Zu den vermeintlichen Schäden ein entlarvend Zitat aus einem Zeitungsbericht über eine Kreisbauernversammlung im nördlichen Rheinland-Pfalz: „*Wir haben immer wieder Schäden an Silopflanzen’ berichtete G. (Kreisbauernvorsitzender Anm. d. Red.). M., Geschäftsführer der Kreisbauern, pflichtete ihm bei: ‚Die Schäden nehmen teilweise extreme Ausmaße an.’ Um in der Diskussion mit den Naturschutzverbänden gewappnet zu sein, benötigt M. Schadensmeldungen. Diese gingen aber bei der Geschäftsstelle des Bauernverbands nur sehr zögerlich ein. Also appellierte er an die Landwirte, jeden Schaden zu melden: ‚Da muss Futter kommen, dann damit lässt sich argumentieren.’*“ Da zeigt sich die eklatante Argumentationsnot, das vermeintliche Krähenproblem soll an den Haaren herbeigezogen werden. Einerseits „dramatische Ausmaße“, andererseits meldet niemand was. Dem kann man ja abhelfen...

Auch wenn die fortschrittlichen jagdgesetzlichen Änderungen im Saarland leider nicht mehr in der vergangenen und allen Prognosen zufolge schon gar nicht in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden können, sind sie doch Gradmesser für die Bestrebungen in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg. Wir werden Sie wie stets über die jagdgesetzlichen Entwicklungen in Deutschland auf dem Laufenden halten.

Doch diese sind ja keine automatischen Selbstläufer, als ÖJV-Mitglieder und interessierte Leserinnen und Leser sind Sie aufgerufen, in vielfältiger Weise selbst an der Ausgestaltung der Jagdgesetze mitzuarbeiten und auf diese Einfluss zu nehmen. Dies kann durch LeserInnenbriefe, Schreiben an die zuständigen Ministerien und Behörden, Aktivitäten in anderen Verbänden aus den Bereichen Naturschutz, Tierschutz, Waldwirtschaft, Waldbesitz, politische Einflussnahme auf Parteien aller Couleur geschehen.

Jeder und jede Einzelne, die eine Weiterentwicklung des jagdrechtlichen Rahmens befürworten und wünschen, können sich auf mannigfaltige Weise einbringen, die Voraussetzungen und Chancen waren selten so günstig wie heute.

Herzlichst Ihre
Elisabeth Emmert